Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 51. Sonntag den 20. Februar 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 23. Februar a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Ergänzungswahlen für den Ortssteuer-Ausschuß und für die staatlichen Steuereinschätzungs-Commissionen.
II. Gutachten des Ausschusses zur Gasanstalt über die Erweiterung der Gasanstalt rc.
III. Gutachten des Bau-Ausschusses über: a. die auf verschiedenen Budgetconten eingestellten Reparatur- und Unterhaltungskosten, sowie über die Budgetconten 35 und 36; b. Einrichtung einer Probirstation für Wassermesser; c. die Erbauung zweier neuer Filter für die Stadtwasserkunst; d. die Vermiethung der zeither von der Armenanstalt benützten Räume im Gewandhause an das Königliche Conservatorium der Musik; e. die Reparatur der Privetgruben im Frankfurter Thorhause.
IV. Gutachten des Oekonomie-, bez. Bau-, Stiftungs- und Finanz-Ausschusses über: a. die veränderte Eintheilung der Eutritzscher Straße; b. die vom Rathe vorgelegte Berechnung des Aufwandes für die Straßenanlagen rc. im großen Johannisgarten; c. eine Kostenforderung für die Eisenregulirung; d. die Herstellung der Jahnenwolfstraße; e. das Incasso der Licitationsgelder bei Holz-Auctionen.
V. Gutachten des Finanz-Ausschusses über a. die Haushaltpläne der Parochialkirchen; b. Bewilligung einer Subvention für die hiesige Kinderpoliklinik; c. bergl. für die orthopädische Poliklinik; d. die Positionen 7. und 19. in Cento 7 des Haushaltplanes.
VI. Gutachten des Verfassungs- bez. Finanz-Ausschusses über a. die Bekanntmachung, das Aushängen von Waaren außerhalb der Verkaufsläden betr.; b. die anderweite Verpachtung des Leipziger Anzeigers; c. die Verleihung der Pensionsberechtigung rc. an einige städtische Beamte.

Bekanntmachung,

die Anzeigeerstattung von Unglücksfällen in Fabriken betreffend.

Nach §. 1 der Ministerialverordnung vom 1. August 1878, die Fabrikeninspection betreffend, sind die Fabrikbesitzer und Fabrikleiter verpflichtet, wenn in Folge des Gewerbebetriebes eine Person das Leben verloren oder eine solche Beschädigung erlitten hat, daß sie länger als 72 Stunden an ihrer Arbeit behindert ist, der Gewerbepolizeibehörde (Stadtrath) und dem königlichen Fabrikeninspector davon Anzeige, und zwar im ersteren Falle sofort, im letzteren spätestens vier Tage nach Eintritt des Unfalls zu erstatten.

Dessen ungeachtet sind in neuerer Zeit diese Anzeigen vielfach unterlassen worden.

Wir bringen daher die eingangsgedachte Bestimmung hier den betheiligten Gewerbetreibenden mit dem Bemerken in Erinnerung, daß wir gegen Zuwiderhandelnde auf Grund von §. 1, Abs. 2 der angezogenen Ministerialverordnung in Verbindung mit §. 148 der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen nachdrücklichst vorgehen werden.

Leipzig, am 11. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Mit Ostern d. J. sind von uns für Söhne oder Töchter hiesiger Eltern zwei ganze, nach Befinden in vier halbe zu theilende Freistellen am königlichen Conservatorium der Musik allhier zu vergeben.

Die Vergebung erfolgt auf ein Jahr. **Bewerbungen** sind unter Beibringung der Ortsangehörigkeit der Eltern der Gesuchsteller und soweit möglich unter Beifügung von Zeugnissen über Wohlverhalten und Befähigung **bis zum 1. März d. J.** schriftlich an das Directorium des königlichen Conservatoriums der Musik allhier zu richten.

Leipzig, den 14. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Holzpflanzen-Verkauf.

Von dem **städtischen Forstrevier Burgau** können durch den Revierverwalter, Herrn Rathsförster D. Diege in **Forsthaus Burgau** (Post Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig) die nachverzeichneten Holzpflanzen zu den beigesetzten Preisen **gegen Baarzahlung** oder Nachnahme und gegen vorherige Anmeldung abgegeben werden, nämlich:

4000 Stück	4jährige Eichen en. 2 Mtr. hoch à St.	—.—	Mk. à	%	7.50 Mk.
5000 „	3jährige Eichensaat		„	„	2.50 „
400 „	Linden en. 2½ Mtr. hoch à Stück	—.60	„	„	50.— „
1000 „	Birken en. 3 Mtr. hoch à Stück	—.50	„	„	40.— „
3000 „	Birken en. 1¼ bis 2 Mtr. hoch à St.	—.40	„	„	25.— „
3000 „	Birken en. 1¼ M. hoch à Stück	—.—	„	„	12.— „
600 „	eschenblätt. Ahorn en. 4—4½ Mtr. hoch à Stück	1.—	„	„	90.— „
1000 „	eschenblätt. Ahorn en. 3 Mtr. h. à St.	—.60	„	„	50.— „
4000 „	eschenblätt. Ahorn en. 2 Mtr. h. à St.	—.30	„	„	18.— „
3000 „	Fichten mit Ballen en 1¼ M. h. à St.	—.50	„	„	40.— „
2000 „	Fichten mit Ballen en. 1½ M. h. à St.	—.60	„	„	50.— „
2000 „	Fichten mit Ballen en. 2—2¼ Mtr. hoch à Stück	1.—	„	„	90.— „
600 „	Fichten mit Ballen en. 3 Mtr. h. à St.	1.50	„	„	120.— „

Leipzig, am 15. Februar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Realschule II. Ordnung.

Nordstraße 21.

Die **Aufnahmeprüfung** findet statt Mittwoch, den 23. Februar, früh 8 Uhr. Papier und Federn sind mitzubringen.

Dr. Pfalz, Director.

Auction.

Mittwoch, den 23. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an in der **Pleißenburg** zu Leipzig eine Anzahl eiserne Oefen, Kronleuchter mit Leuchter, Feuster, Thüren, alte Metalle, hölzerne Bettstellen und andere Gegenstände an den Meistbietenden verkauft werden.

Leipzig, am 19. Februar 1881.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 20. Februar.

Das Ergebniß der Präsidentenwahl im Reichstage wird noch auf lange Zeit hinaus der politischen Lage die Signatur geben; denn noch weit schärfer ausgeprägt als im preußischen Abgeordnetenhause trat die conservativ-klerikale Majorität mit dem Anspruch, die Geschäfte zu leiten und den Gang der Politik zu bestimmen, im Reichstage auf. Die Präsidentenwahl in den beiden Körperschaften hatte unter ähnlichen Voraussetzungen stattgefunden, aber zu einem entgegengesetzten Ergebniß geführt. Hier wie dort hatten sich die Mittelparteien, die gemäßigten Elemente der Conservativen und Liberalen, darüber verständigt, das Centrum vom Präsidium auszuschließen. Im Abgeordnetenhause sind sie damit durchgedrungen, im Reichstage nicht, weil dort ein erheblicher Theil der Conservativen sich angeschlossen hatte, für die deutschconservative Partei geschieden es e doch mit nicht nennenswerthen Absplitterungen an den Pact mit dem Centrum festhielt, eine für den Unterschied im Charakter der conservativen Partei im Reich und in Preußen bezeichnende Thatsache. Ob die Conservativen des Erfolgs, zwei Mitglieder in das Präsidium gebracht zu haben, froh sind oder werden, möchten wir bezweifeln. Es kann doch nur, wer nicht sehen will, leugnen, daß das Centrum der eigentliche Sieger ist. Logischer und correcter wäre es offenbar gewesen, wenn man Herrn von Frankenstein oder Herrn Windthorst lieber gleich zum ersten Präsidenten gemacht hätte. Dann wäre es noch klarer hervorgetreten, wohin die Dinge treiben, wenn man dem Ultramontanismus in der Reichspolitik eine Stelle anweist, die er nun und nimmer einnehmen darf und kann, und diejenigen Elemente in die Opposition drängt, welche die natürlichen und unentbehrlichen Stützen einer gesunden nationalen Politik darstellen. Die conservativ-klerikale Majorität, die im Präsidium zum Ausdruck gekommen, mag jetzt an die Arbeit gehen. Wir zweifeln nicht, daß das Centrum ungeachtet seiner Niederlagen im Abgeordnetenhause wieder einmal seine positive Seite hervorzukehren sich bemühen wird. Schon drängt es sich dienstfertig als Gehülfe bei der Steuerreform vor; schon weist es auf seine Unentbehrlichkeit bei einer „gesunden" Socialpolitik hin; bei Gesetzen, die das Ansehen und die Machtstellung des Reichstages schmälern würden, wie dem über die zweijährigen Budgetperioden, wird es gewiß auch mit sich reden lassen. Nun, wir getrosten uns; je schreiter die „Majorität", die in dem ersten Beamten des Herrn von Puttkamer, einem bairischen Ultramontanen und einem sächsischen Particularisten ihren getreuen Ausdruck findet, in den Vordergrund tritt, um so rascher wird sie abgewirthschaftet haben.

Die stürmische Auseinandersetzung zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn Camphausen hat aufs Neue den Beweis geliefert, daß des Ersteren Reden nur mit großer Vorsicht als Geschichtsmaterial zu verwerthen sind. Der Fürst erzählte dem Herrenhause, daß er bereits 1876, als es für ihn kein Zweifel mehr gewesen, daß schon mit einem verborgenen Deficit gewirthschaftet werde, darauf gedrungen habe, „der uns mehr und mehr in Blutleere versetzenden Handelspolitik ein Ende zu machen". Nun hat der Reichskanzler allerdings zum ersten Male sein weitaussehendes Steuerreformprogramm — Ersetzung aller directen Steuern bis auf eine Ehreneinkommensteuer durch indirecte — bereits am 22. November 1875 im Reichstage vorgetragen, aber von einer Aenderung der Handelspolitik war damals so wenig die Rede, daß er vielmehr gerade umgekehrt sich bei dieser Gelegenheit zur äußersten Consequenz des Freihandels, der Abschaffung aller Zölle bis auf wenige hohe finanzzölle bekannte. Von einer Aenderung der Handelspolitik ist aber auch in den jüngst veröffentlichten Briefen an Bülow aus dem December 1877 — die doch so vertraulich waren, daß sie Herrn Camphausen gar nicht im Wortlaut mitgetheilt wurden — nicht eine Spur zu finden. Fürst Bismarck hat also nur, vermöge der von Herrn Camphausen beigend charakterisirten Fähigkeit, sich nur des „Angenehmen" zu erinnern, Gedanken, die sich erst im Laufe des Jahres 1878 bei ihm entwickelt haben, um zwei Jahre zurückverlegt. Ferner behauptet der Reichskanzler, er habe Herrn Camphausen erst mit Einsetzung der Cabinetsfrage dahin gebracht, seine Tabaksteuervorlage von 1878 einzubringen, Herr Camphausen hat Dem entgegengehalten, daß er bereits im Februar 1877 diese Vorlage habe einbringen wollen und nur durch den Reichskanzler daran verhindert worden sei. Er hat sich dafür auf die Rede des Letzteren vom 10. März 1877 bezogen, und in der That heißt es darin wörtlich: „Ich räume offen ein, daß ich mich dawider erklärt habe und lieber die Unannehmlichkeit zu hoher Matricularumlagen ein Jahr hindurch einmal tragen will, als die Steuerreform dadurch schädigen, daß man einen der besten und wesentlichsten Artikel, von dessen Schwimmkraft ich erwarte, daß er andere vielleicht mittragen werde, vornehmere, für den ein Provisorium einführe, was uns nachher abhalten würde, eine gründliche Reform vorzunehmen." Beiläufig bemerkt, hat also damals Fürst Bismarck anerkannt, daß man nicht dasselbe Steuerobject Jahraus Jahrein zum Opfer neuer Experimente machen könne.

Die Haltung Camphausen's dem Reichskanzler gegenüber findet in der Presse lebhafte Sympathie. So schreibt die „Magdeburgische Zeitung": „Wie Dem nun aber sei, den Freunden Camphausen's ist es eine Freude, eine innige Genugthuung gewesen, zu hören, wie er sich gerechtfertigt hat. Sclavische Naturen und jene strebsamen Geister, an denen im Lande ja kein Mangel ist und die bei solchen Gelegenheiten einen wahren Janitscharenlärm machen, werden in dem Streite der beiden großen Männer sich ohne Weiteres auf die Seite des Mächtigen, der darüber selbst am wenigsten erfreut sein wird, stellen; was uns betrifft, so kümmert uns die Macht wenig, wir halten es ohne Ansehen derselben nur mit der Güte der Sache. Und im vorliegenden Falle können wir nur sagen, daß Fürst Bismarck sich diesmal doch wieder einmal recht starke Blößen gegeben und auf der Mensur einige „Blutige" davongetragen hat. Er hat sich recht wuchtige thatsächliche Berichtigungen gefallen lassen müssen. Dabei ist zu bemerken, daß Camphausen noch lange nicht das letzte Wort gesprochen hat."

Fürst Bismarck blieb auch diesmal Sieger, das preußische Herrenhaus hat dem mächtigen Druck nicht widerstehen können, den das energische Eintreten des Reichskanzlers für den dauernden Steuererlaß ausgeübt hat; es hat dem Gesetz zugestimmt, wenn auch mit offenbarem Widerstreben und mit dem unverkennbaren Gefühl, seiner eigentlichen conservativen Aufgabe damit zu entsagen, die in diesem Falle klar genug vorgezeichnet war und auch den meisten Mitgliedern zum Bewußtsein gekommen schien. Das zwischen Regierung, Conservativen, Centrum und der äußersten Linken im Wettlauf um die Gunst des steuerzahlenden und wählenden preußischen Volkes vereinbarte finanzpolitische Experiment, welches ein tiefes Loch in das bestehende Steuersystem stößt, ohne daß bereits klar zu erkennen wäre, was an die Stelle treten soll, hat damit das letzte Hinderniß überwunden. Der fernere Steuerpolitik des Reichskanzlers sind damit die Wege geebnet. Fürst Bismarck hat betont, wie er diesen Steuererlaß als einen wesentlichen und unentbehrlichen Bestandtheil seines ganzen Systems betrachtet und bei Ablehnung des Gesetzes verzweifeln würde, seine Reform durchzuführen, oder doch nur mit tiefer Entmuthigung in dieser Richtung weiterarbeiten könnte. Diejenigen Liberalen, welche dem Vorschlag der Regierung zugestimmt oder vielmehr ihn übertrumpft haben, können sich aus den Herrenhausreden des Reichskanzlers belehren, welchen unbeabsichtigten Dienst sie ihm geleistet haben, und wie sehr die Zustimmung zu dem Steuererlaß mit dem Zwang der Logik die Zustimmung zu den weiteren Folgen des neuen finanzpolitischen Systems in sich schließt und zwar schwerlich allein in den Augen des Reichskanzlers. Sehr interessant sind die Worte, mit denen sich Fürst Bismarck über das Vorgehen des Abg. Richter aussprach: „Von der Seite der Gegner wurde und gerade der Antrag gebracht, den ich nach meinem lebhafteren Temperament von Hause aus gewünscht haben würde, nämlich der Richter'sche Antrag, den Steuererlaß dauernd zu machen ..... Ich bin keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, daß wir den fortschrittlichen Antrag, der gegen uns gestellt war, für uns aufnehmen mußten; er lag in derselben Richtung, wie unser einmaliger, er war nur radicaler und zeigte ein größeres und festeres Vertrauen auf die Bewilligung indirecter Steuern im Reichstage". Der Reichskanzler hat ganz richtig die logischen Folgen vorgesehen, welche die Zustimmung zum dauernden Steuererlaß in sich schließt.

Dem conservativ-ultramontanen Triumph bei der Präsidentenwahl ist die conservativ-ultramontane Verständigung in der Commission für das Verwendungsgesetz auf dem Fuße gefolgt. Wenn das Centrum trotz seiner Niederlagen in der kirchenpolitischen Frage so bereitwillig an der Steuerreform mitarbeitet, so geschieht es einfach darum, weil die Herren, welche für die Zoll- und Tabaksteuererhöhung von 1879 gestimmt haben, ebenso wenig wie die Regierung und deren Partei mit leeren Händen vor ihren Wählern wieder erscheinen können. Da aber das Verwendungsgesetz wie der Steuererlaß bei der nackten Lage des preußischen Staatshaushaltsetats in Wirklichkeit nicht die Erfüllung alles, sondern nur eine Kette neuer Verheißungen senken, die mit unerbittlicher Nothwendigkeit neue Bewilligungen nach sich ziehen muß, so sind alle Verwahrungen des Centrums im Abgeordnetenhause, sich nicht für den Reichstag binden zu wollen, nur eitle Manöver. Die Klerikalen behalten sich vor, gegen die Brausteuer zu stimmen, welche für Baiern keinerlei Vortheil verspricht, um diese sicherer dem letzten Rettungshafen des Monopols entgegenzutreiben.

Nach zuverlässigen Mittheilungen ist die Beendigung der Arbeiten des preußischen Landtages für den nächsten Mittwoch in Aussicht genommen. Ob diese Beendigung in Form des Schlusses stattfinden wird, oder in Form einer Aussetzung der Sitzungen auf unbestimmte Zeit, hängt davon ab, wie sich die Verhandlungen über das Verwendungsgesetz gestalten werden. Fürst Bismarck soll versichert haben, daß nach Schluß des Reichstages der Landtag zu einer Nachsession einberufen werden müßte, die etwa 4—6 Wochen dauern würde, da der Minister des Innern unbedingt auf die Erledigung der von ihm vorgelegten Organisationsgesetze bestehe.

Der Ausfall der Präsidentenwahl im Reichstage ist im ultramontanen Lager mit hellem Jubel begrüßt worden. So schreibt man dem bekannten Jesuitenblatt „Westfälischer Merkur" aus Berlin:

Das „evangelische Kaiserthum" ist nicht zu Stande gekommen durch die Präsidentenwahl im Reichstage! Mächtige Factoren hatten dahin gewirkt, daß das Centrum wie im Abgeordnetenhause so auch im Reichstage seine Vertretung im Präsidium, die es erst seit kurzer Zeit errungen hatte, wieder verlieren solle — aber der Anschlag ist gescheitert! Graf Krassow hatte gestern Freiherrn zu Frankenstein persönlich und officiell mitgetheilt, daß er nicht in ein Präsidium wieder eintreten werde, in welchem sich ein Mitglied des Centrums befinde. So viel steht fest, daß er zu seiner Entschließung nicht sowohl durch seine eigene Neigung, als durch fremde Einflüsse gedrängt worden ist. (!) Diese Einflüsse aber kamen von zwei Seiten her, nicht von den Fractionsgenossen des bisherigen Präsidenten allein. Vorzugsweise sind es die schlesischen Mitglieder der deutschen Reichspartei, welche dem Centrum ewige Feindschaft geschworen haben, dieselben können es noch immer nicht vergessen, daß sie beim Ausbruche des „Culturkampfes" von Centrumsmitgliedern aus ihren alten Wahlkreisen verdrängt worden sind und anderwärts sich um ein Mandat bewerben mußten, sie waren daher doppelt gefügige Werkzeuge, wie im Abgeordnetenhause so auch im Reichstage, mit Hochdruck für die Entfernung des Centrums aus dem Präsidium zu arbeiten. Es waren heute insbesondere die sächsischen und süddeutschen Conservativen, Freiherr v. Marschall (Karlsruhe) an der Spitze, welche entschieden auf einem weiteren Zusammengehen mit dem Centrum bestanden.

Ob diese dreiste Sprache nach dem Geschmacke des Herrn v. Gößler, des Erwählten dieser Coalition, und ob Herr v. Puttkamer, der hohe Vorgesetzte des neuen Reichstagspräsidenten, von dieser Auslassung befriedigt sein wird — wer möchte es zu entscheiden wagen?

Der Senior des preußischen Abgeordnetenhauses, der Abg. v. Bockum-Dolffs, ist am Sonnabend 80 Jahre alt geworden. Ist es schon einem Politiker selten vergönnt, in activer parlamentarischer Thätigkeit einen solchen Gedenktag zu erleben, so machen hier besondere Umstände den Gedenktag um so erinnerungsreicher. Herr v. Bockum-Dolffs hat nicht allein von den Anfängen des Verfassungslebens an ohne jede Unterbrechung der preußischen Volksvertretung angehört, sondern er ist auch stets von ein und demselben Wahlkreise in seiner engeren Heimath, der Grafschaft Mark, gewählt worden. Seine Landsleute haben ihm sogar soweit die Treue gehalten, daß sie auch im Reichstage, nach Gründung des norddeutschen Bundes durch keinen Anderen vertreten sein wollten, und in der That hat Herr v. Bockum-Dolffs vom constituirenden Reichstage an ununterbrochen bis heute auch allen Reichstagen angehört. Wie enge aber sein Name speciell mit dem parlamentarischen Leben Preußens verknüpft ist, das ergiebt das Protokoll vom 6. Februar 1850 über die Vereidigung der Verfassungsurkunde vom 31. Januar durch König Friedrich Wilhelm IV. im Schlosse zu Berlin. Am Schlusse dieses Protokolls heißt es: daß dasselbe zur Beglaubigung von den anwesenden Mitgliedern des Staatsministeriums, sowie von den Präsidenten beider Kammern in drei Ausfertigungen vollzogen werden, von denen eine der Protokollführer des Staatsministeriums, die zweite der Schriftführer der Ersten Kammer, Abg. v. Bockum-Dolffs, und die dritte der Schriftführer der Zweiten Kammer, Abg. Pfeiffer, an sich genommen habe. Dann folgen die Unterschriften: erst die Minister: Graf Brandenburg, Freiherr Otto v. Manteuffel, v. Strotha, v. d. Heydt, v. Rabe, Simons, dann die beiden Präsidenten der Kammern, Rudolph v. Auerswald und Graf Schwerin, endlich der Protokollführer des Ministeriums, Geh. Rath Costenoble und die beiden genannten Schriftführer der Kammern. Von all diesen ist außer dem morgigen Jubilar nur Herr v. Manteuffel noch am Leben.

Die Verhandlungen des Oberbürgermeisters von Köln und der Commission über nachträgliche streitig gewordene Puncte des Vertrages über die kölnische Stadterweiterung werden, wie aus Berlin gemeldet wird, eifrig fortgeführt und vielleicht binnen Kurzem entschieden. Der Oberbürgermeister Becker wurde vom Kronprinzen empfangen. Im Ganzen haben die bisherigen Bemühungen des Oberbürgermeisters bewirkt, daß den von der Stadt ausgesprochenen Wünschen möglichst die Wege geebnet worden sind und ein günstiger Abschluß sich erwarten läßt. Die mit der Stadterweiterung im nahen Zusammenhange stehende Frage der Erhaltung der alten Thorburgen dürfte eine Entscheidung finden, welche sowohl den Verkehrsinteressen wie denen der Bau- und Kunstgeschichte Rechnung trägt.

Unser Wiener Correspondent schreibt uns vom 17. d.: Die nationalen Gegensätze, welche unter dem gegenwärtigen Ministerium wieder überaus heftig hervorgetreten und namentlich die gemischten deutsch-slavischen Provinzen in eine bedenkliche Aufregung versetzt, haben in den jüngstverflossenen Tagen auch hier in Wien zu Kundgebungen Veranlassung gegeben, welche die in dem Regierungsprogramme betonte „nationale Versöhnung" wohl noch lange als einen illusorischen Wunsch erscheinen lassen dürften. Die große Theilnahme, welche die hier vor einigen Tagen von der deutschakademischen Lesehalle veranstaltete Lessing-Feier gefunden, sowie ihr Verlauf dürften Ihnen wohl aus den hiesigen Blättern bereits bekannt sein. Als nachträgliche Bemerkung möchte ich hier noch hervorheben, daß die Veranstalter jener Feier sowie den größten Theil des deutschen Publicums unserer Stadt zumal das polizeiliche Verbot verletzte, welches sich gegen die Absingung des Liedes: „Deutsche Worte hör' ich wieder" gelegentlich des Festcommerses kehrte. Die Entrüstung gegen jenes Verbot kam auch an manchen öffentlichen Orten außerhalb der Lessingfeier ganz nachdrücklich zum Ausdrucke. In einem sehr besuchten Local des Stubenringes protestirte man unter Anderm energisch, daß die Polizei „deutsche Worte" und ein „deutsches Lied" in Wien verbieten wolle, und ließ diesem Proteste das verbotene Lied unter stürmischem Beifalle unmittelbar folgen. Minder bekannt dürfte es vielleicht sein, daß am Abend, an dem die Lessingfeier veranstaltet wurde, auch der hiesige „Czechisch-slavische Verein" eine stark besuchte Sitzung hielt, in der unter Andern allen Ernstes die Slavisirung Wiens erörtert wurde. Man wies darauf hin, daß in Wien über 35,000 Czechen und ebenso viele Slaven anderer Stämme wohnen, eine Gesammtzahl, die schon ein beachtenswerthes Gegengewicht gegen das deutsche Element Wiens bilde, welches sich „im Laufe der Zeit naturgemäß mehr und mehr verringern müsse." — „Sorgen wir", rief unter Anderm ein czechischer Redner, „daß die czechische Einwanderung in Wien in dem Maße der jüngsten Jahre fortdauere, das Endresultat kann kein zweifelhaftes sein. Wir werden es freilich kaum erleben, aber unsere Nachkommen werden es uns danken, daß Wien eine völlig slavische Stadt geworden." — Wenn wir wahr und mit offenen Augen urtheilen wollen, so müssen wir allerdings bekennen, daß die letztere Ansicht jenes czechischen Redners leider keine ganz unrichtige scheint. Es ist vielmehr Thatsache, daß der Slavismus in Wien große Fortschritte gemacht und das slavische Element, zumal in den Kreisen der Intelligenz, der Studenten und Arbeiterbevölkerung, von Jahr zu Jahr in großer Zunahme begriffen ist. Gibt es doch hier in gewissen Stadttheilen, beispielsweise Wieden, Landstraße rc., bereits öffentliche Locale, wo man kein deutsches Wort mehr, sondern nur czechisch, polnisch, slovenisch, serbisch und andere slavische Idiome hört. Auch deutsche Zeitungen sind dort nur noch spärlich vorhanden, dagegen liegen slavische Journale sämmtlicher Zungen aus. Die slavischen Vereine verschiedener Richtung, aber alle gegen das Deutschthum gekehrt, sind hier Legion, ja in Dreher's Bierhalle, Landstraße, hat bereits die czechisch-dramatische Muse ihren Sitz aufgeschlagen. Das scheinen uns lauter Anzeichen, die wohl der Beachtung werth, weil sie die deutsche Zukunft Wiens in ziemlich bedenklichem Lichte erscheinen lassen. Die eigentlich „urwüchsige" Wiener Bevölkerung, deren Denkvermögen bekanntlich kein sehr scharfes ist, verhält sich dem geräuschlosen Eindringen des Slavismus gegenüber mehr oder minder völlig passiv. Lassen Sie Sich nicht durch schön deutschgesinnte Kammerreden oder Kundgebungen, wie die jüngste Lessingfeier, täuschen. An letzteren haben die eigentlichen Wiener nur einen verschwindend kleinen Antheil. Und wenn sie sich solchen Kundgebungen auch anschließen, so thun sie es weniger